

21. VIII. 1918

## Sparantheit, die alle Gehaltsaufbesserungen und Teuerungszulagen wettmacht.

Bei den österreichischen Staatsbahnen waren im Jahre 1911 17.080 Beamte, Aspiranten, Volontäre und Diurnisten, 22.696 Unterbeamte und Hilfsunterbeamte, 1741 Manipulantinnen, Offiziantinnen und Kanalistinnen, 71.772 Diener und Hilfsdiener, 110.365 Arbeiter, zusammen 223.604 Personen angestellt. Die Bezüge dieser Leute betragen K 349.700.214. Im Jahre 1912 waren die entsprechenden Ziffern: 16.851, 23.337, 1764, 71.743, 111.913, 225.608 Personen und K 358.581.813 und im letzten Friedensjahre 1913 16.997, 23.330, 1757, 70.203, 115.488, 227.775 Personen und K 343.205.364. Kaum ein Zehntel der Arbeiter hat durch Anteilnahme am Provisionsfonds eine durchaus ungenügende Altersversorgung sichergestellt. Auch von den übrigen Bediensteten genießt ein großer Bruchteil, vor allem die Aspiranten, Diurnisten, Hilfsunterbeamten und Hilfsdiener, nicht die Vorteile einer festen („definitiven“) Anstellung. Man kann daher behaupten, daß beinahe die Hälfte aller im Staatsbahnbetriebe beschäftigten Leute für die Alters-, Witwen- und Waisenversorgung außer Betracht komme und bezüglich Urlaubsansprüchen und sofortiger Kündbarkeit des Dienstverhältnisses trauriger daran sei als die elendesten Privatbediensteten, die sich nach einer sicheren Staatsanstellung sehnen.

Und dieses Mißverhältnis der sicher und unsicher Angestellten hat sich während des Krieges zum Schaben beider noch wesentlich dadurch verschoben, daß als Arbeiter nicht nur Handwerker und ganz ungelernete Handlanger aufgenommen wurden, sondern auch die jetzt im Kanzleifach eine große Rolle spielenden Lohnschreiber und Schreiberinnen. Die „Österreichische Eisenbahnstatistik“ und andere statistische Ausweise für die Kriegsjahre sind schwer zugänglich oder überhaupt noch nicht erschienen, so daß es zu mühsam wäre, hierüber genaue Ziffern zu bringen. Aus obigen Zahlenreihen ersieht man aber bereits, daß bei damals wachsenden Einnahmen und immer größer werdenden Geschäftsumfange der Staatsbahnen die Anzahl ihrer Beamten, Unterbeamten und Diener sank, die der Arbeiter aber stieg, wodurch sich dann innerhalb eines Jahres die Personalkosten trotz fortwährender „Erfolge“ der Berufsorganisationen um K 15.376.449 verminderten. Die Organisationen hatten eben vermehrt, die Hinterhältigkeit der sogenannten Postennormierung ernst zu bekämpfen. Wenn nun in irgend einem Bureau jahrzehntelang drei Kanzleidiener gebraucht werden, so ist für dieses Bureau einer „normiert“ und die übrigen zwei können nur über die Leiche des ersten hinweg mit dem Anfangsgehalt von jährlich K 900 „definitiv“ werden. Hilfschreiber, das sind Hilfskräfte, die nur vorübergehend für Wochen starken Bedarfes aufgenommen hätten werden sollen, haben sich bereits acht bis neun Jahre auf Unterbeamtenposten vortrefflich, dank ihrer gewöhnlich größeren Schulbildung bewährt und sind trotzdem vor der sofortigen Entlassung nicht sicher. Wie man sieht, wieder einmal die so österreichische Einrichtung, daß das Provisorium das einzig Definitive ist.

Während man im letzten Friedensjahre in allen Zeitungen von Gehalts- und Zulagenregelungen sowie von Zugeständnissen an die Eisenbahner las und trotz der damals schon unerträglich schmerzenden Teuerung sich oft über die Unerfahrenheit dieser Leute gewundert haben mag, wurden an ihren Leibern rund fünfzehn Millionen abgespart. Und dieses Sparen wurde in den ersten zwei Kriegsjahren in verstärktem Maße fortgesetzt. Die Beamtenorganisation verzichtete geradezu auf ernste gewerkschaftliche Bestrebungen. Ihr damals soeben neuverbautes Kurhaus stellte sie erholungsbedürftigen Offizieren zur Verfügung und trug auch noch lange die Kosten der Verpflegung dieser Herren. Die verschiedenen Sparerklässe bewerkstelligten es tatsächlich, daß die veränderlichen Bezüge der Bediensteten Einbußen erlitten.

Spät erst erkannten die Eisenbahner, daß nur sie und etwa noch die Staatsdiener sowie die Privatbeamten und Lehrer solche Idealisten waren, deren Taschen durch die Not des Vaterlandes geleert, statt zum Plätzen gefüllt wurden. Jetzt mügen sich die Gesamtbezüge eines Eisenbahners noch nicht auf das Doppelte seiner Gesamtbezüge während der Friedenszeit erhöht haben; wie hoch sind aber inzwischen die Preise der Nahrungsmittel und übrigen Bedarfsgegenstände gestiegen! Verlacht würden die Staatsbediensteten werden, wenn sie mit der Forberung nach einer zehn- bis zwanzigfachen Erhöhung ihrer Bezüge während der Dauer einer ebenso vielfachen Teuerung hervortreten würden. Und doch verdienen nur die verlacht zu werden, die dem Staate zumuten, daß seine Maschine ebenjogut wie früher arbeiten wird, obwohl sich inzwischen die Bruchfestigkeit ihrer Räder, der Staatsbediensteten, zehn- bis zwanzigfach vermindert hat.